

Stellungnahme der AGL zum Haushaltplan 2016 der Stadt Eberbach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Anwesende,

nach den Ergebnissen der Steuerschätzung wird 2016, was das Steueraufkommen betrifft, ein gutes Jahr. Das schlägt sich auch in den Planzahlen des Haushaltsplans 2016 (Gewerbsteueraufkommen und Einkommensteueranteil) nieder.

Der Ergebnishaushalt 2016 schließt mit einem Verlust von ca. 680.000,- € ab. Das sieht auf den 1. Blick negativ aus, doch dazu muss Folgendes gesagt werden.

1. Das Ergebnis ist wesentlich besser als der Plan 2015, der einen Verlust von 2,3 Mio vorsah, aber mit einem deutlichen Überschuss abschließen wird.
2. Lässt man die Abschreibungen von ca. 3,3 Mio unberücksichtigt, wie das in der Kameralistik (nach der die meisten Kommunen des Landes rechnen) der Fall ist, erwirtschaftet der Haushalt 2016 einen Gewinn von ca. 2,6 Mio.
3. 2016 wird das 6. Jahr in Folge sein, in dem Schulden abgebaut werden. In diesem Jahr sind das ca. 750.000, €. Der Schuldenstand Eberbachs hat sich damit seit 2010 um ca. 4 Mio verringert, das bedeutet einen Schuldenabbau von knapp 20%. Nur als Randnotiz der Bundesfinanzminister und auch der Landesfinanzminister sind stolz darauf keine neuen Kredite aufzunehmen, wir bauen seit 6 Jahren Schulden ab.
4. Der Haushalt 2015 sieht Investitionen von ca. 10 Mio € vor. Das ist deutlich mehr als im Jahr 15. Ein Großteil dieser Investitionen sind Erhaltungsinvestitionen, d.h. dienen dem Erhalt unserer Baulichkeiten, Kanäle, Straßen, was dringend notwendig ist, um den Sanierungs- und Investitionsstau abzubauen. Nennen möchte ich beispielhaft: Kanalsanierung, Kunstrasenplatz in der Au, Brandschutz am HSG, Planungskosten für den Kindergarten Regenbogen und Planungskosten und Finanzierung erster Baumaßnahmen (wie soeben beschlossen) Feuerwehrgerätehaus.
5. Den ca. 17 Mio Altschulden stehen am Ende des Jahres knapp 8 Mio liquide Mittel gegenüber, wegen der getätigten Investitionen ca. 6 Mio weniger als am Anfang 2016.

Von der Haushaltssituation her besteht kein Anlass in Wehklagen zu verfallen, wir können mit den vorhandenen finanziellen Mitteln dringend notwendige Investitionen tätigen. Auch in den Folgejahren muss der Investitionsstau weiter abgebaut werden. Auch hier möchte ich einige große Vorhaben nennen, die einer Sanierung bzw. eines Neubaus bedürfen: Kindergarten Regenbogen, Sanierung HSG, Umbau Feuerwehrgerätehaus, ein schnelles Internet, das Hallenbad, die weitere Ertüchtigung des Kanalnetzes.

Tätigt man Erhaltungsinvestitionen nicht, wird das später umso teurer und belastet zukünftige Generationen.

Unsere Überzeugung ist und bleibt, Investitionen für den Erhalt unserer Sachwerte und für die Standortqualität und Attraktivität Eberbachs müssen getätigt werden. Ein Unternehmen, das nicht mehr investiert, hat keine Zukunft. Das gilt auch für Kommunen. Wir wollen, dass Eberbach auch in Zukunft eine lebenswerte, attraktive Stadt bleibt. Dazu gehört neben Schulen und Kindergärten, um nur 2 Beispiele zu nennen, auch Freizeiteinrichtungen wie z.B. ein Hallenbad, Kultur- und Sporteinrichtungen.

Doch wer Investitionen fordert, muss auch über die Finanzierung sprechen.

Grundsätzlich können Investitionen über Einnahmen und oder Einsparung von laufenden Kosten finanziert werden. Diese beiden Möglichkeiten möchte ich in Bezug auf Eberbach näher betrachten.

1. Verbesserung der Einnahmen

Nach der Erhöhung der Grundsteuer in 2015 sehen wir keine weitere Möglichkeit der Erhöhung von Gemeindesteuern.

Allerdings wirken sich positiv die in Eberbach wohnenden Flüchtlinge bedingt durch die höhere Einwohnerzahl auf die Einkommensteuer- und Umsatzsteuerzuweisungen aus.

Nach dem positiven Ergebnis der Bürgerbefragung zur Nutzung der Windenergie auf dem Hebert sind in den nächsten Jahren weitere Einnahmen durch Verpachtung der Flächen und Gewerbesteuer bei Realisierung eines Windparks möglich, sofern der Gemeinderat unter TOP 14 dem Bürgerwillen folgt.

2. Laufende Kosten senken

Trotz steigender Einnahmen ist in unseren Augen das Wichtigste, dass die Stadt Eberbach Kosten einspart. Hierfür wurden bei den Haushaltsdiskussionen vor einem Jahr und den Anträgen der Fraktionen wichtige Grundlagen gelegt.

Die Anträge der AGL bezogen sich auf die Einsparung bei den Personalkosten, den Energiekosten, den Sachkosten (z.B. Druck- und Papierkosten) und einen ausgeglichenen Haushalt beim Forst. Alle diese Einsparforderungen waren auf 3 Jahre angelegt. Da für 2015 noch keine Schlussrechnung vorliegen kann und für 2016 lediglich ein Plan vorliegt, ist es zwar zu früh über die Umsetzung dieser Beschlüsse Bilanz zu ziehen, wir haben aber den Planentwurf 2016 auf die Umsetzung dieser in 2015 beschlossenen Ziele überprüft.

1. Senkung der Personalkosten in 3 Jahren um mindestens 3 Prozent.

Die Personalkosten steigen im Jahr 2016 gegenüber dem Basisjahr 2014 zwar um ca. 200.000,- €. In Abzug müssen aber die Lohnsteigerung von 2,5% pro Jahr (also ca. 5% in 2 Jahren) gebracht werden. Mit den Planzahlen 2016 ist die Verwaltung auf einem guten Weg 2017 das Einsparziel von 250.000 € beim Personal zu erreichen (in 2016 wurden laut Plan bereits ca. 200.000,- bei Abzug der tariflichen Lohnerhöhung erreicht).

Dennoch möchten wir mahnen, der Personalstand der Stadt Eberbach ist nach wie vor im Landesvergleich zu hoch. Die 3 Prozent Einsparung sind nur ein 1. Schritt, weitere Einsparungen erwarten wir durch die Organisationsuntersuchung in den folgenden Jahren.

2. Einsparung bei den Energiekosten

Zum Haushalt 2015 haben wir gefordert, dass die Energiekosten in 3 Jahren durch verschiedene Maßnahmen, wie z.B. besseres Energiemanagement und Umrüstung auf LED um 15% reduziert werden. Das bedeutet eine Einsparung um ca. 210.000,- € jährlich. Nach Haushaltsplan 2016 sollen gegenüber dem Basisjahr 2014 ca. 180.000,- € eingespart werden. Wenn diese Einsparung in 2016 tatsächlich umgesetzt wird, kann auch das Einsparziel von 3% in 2017 erreicht werden.

Zu kritisieren ist allerdings, dass unsere Forderung nach schrittweiser Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED auch 2015 nicht stattgefunden hat. Unser vorhin angenommener Antrag weitere 100.000,- € für die Umrüstung in 2016 einzustellen hat das Ziel die Versäumnisse der Vergangenheit zu kompensieren und schneller Energie und damit auch Kosten einzusparen.

3. Druck- und Papierkosten

In 2015 hat die Verwaltung Forderungen und Beschlüsse des Gemeinderats begonnen umzusetzen, die zu einer Senkung der Druck- und Papierkosten führen. Zu nennen sind die Protokolle und Verwaltungsentscheidungen, die nicht mehr in Druckform, sondern per Mail den Gemeinderäten zugesandt werden. Das führt auch zu einer Einsparung bei den Arbeitsabläufen. Die Einführung der papierlosen Ratsarbeit befindet sich gerade in der Testphase.

4. Ein ausgeglichener Forsthaushalt

Auch in 2016 sieht der Forstwirtschaftsplan unter Berücksichtigung aller Kosten (d.h. unter Einbeziehung der Aufwendungen der übrigen Verwaltung für den Forst) ein negatives Ergebnis vor. Bringt man die Kosten für die Sozialfunktion des Waldes in Abzug, so bleibt noch immer ein Verlust von ca. 150.000,- €.

Hier ist im Plan keine Entwicklung zu dem von uns geforderten ausgeglichenen Forsthaushalt erkennbar. Wir erwarten, dass das vom Gemeinderat in 2014 geforderte Ziel einen ausgeglichenen Forsthaushalt bis 2017 vorzulegen, bis nächstes Jahr umgesetzt wird.

Anmerken möchte ich dazu, dass die auf den Forst angerechneten Aufwendungen für die übrige Verwaltung uns zu hoch erscheinen, hier sollte eine Korrektur angestrebt werden. Auch muss gesagt werden, dass das Forstwirtschaftsjahr 2014 im Gegensatz zum Plan mit einem Gewinn von ca 180.000,- € abgeschlossen hat. Schön wäre, wenn sich auch in 2015 und 2016 ein vom Plan abweichendes positives Ergebnis realisieren ließe.

Fazit

Mit den vom Gemeinderat in 2015 beschlossenen Einsparungen sind wir auf dem richtigen Weg finanzielle Mittel für Investitionen in die Zukunft durch Senkung der laufenden Kosten zu erhalten. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden.

Hinzu kommen noch die oben aufgezeigten Einnahmeverbesserungen.

Auch muss berücksichtigt werden, dass die Investitionen in unser Kanalnetz – in 2016 immerhin 2,2 Millionen - und die Wasserversorgung rentierliche Investitionen sind, da sie von den Eberbacher Bürgerinnen und Bürgern über die Wasser- und Abwassergebühren refinanziert werden.

Deshalb werden wir, falls in den nächsten Jahren Kredite für die Sanierung unserer Wasserversorgung und unseres Kanalnetzes benötigt werden, diese befürworten. Andere Kommunen haben diese Investitionen und die damit verbundene Verschuldung in Zweckverbände ausgelagert. Diese Schulden tauchen dann nicht im kommunalen Haushalt auf.

Auch erleichtern die dauerhaft niedrigen Zinsen, die die EZB auch weiterhin anstrebt (s. Beschlüsse Anfang Dez. zur Geldpolitik), Investitionen. Eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik muss diese günstige Zinssituation nutzen um den Erhalt und die Verbesserung unserer Einrichtungen für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Das gilt insbesondere dann, wenn durch die Erhöhung der Grundsteuer in 2015, steigenden Wasser - und Abwassergebühren in 2016 und dem Kürzen von Verwaltungsausgaben ein eigener Beitrag von Bürgern und Verwaltung zur Finanzierung geleistet wird.

Bei den dauerhaft niedrigen Zinsen darf der Schuldenabbau nicht das primäre Ziel kommunaler Finanzpolitik sein. Schulden abbauen und deshalb nicht zu investieren bedeutet, den kommenden Generationen eine marode Infrastruktur, Schulen, Baulichkeiten und Freizeiteinrichtungen zu hinterlassen, die diese dann u.U. mit deutlich höheren Kosten und Zinsen finanzieren müssen. Das wäre kommunalpolitisch verantwortungslos, eine solche Politik unterstützen wir nicht.

Die AGL bedankt sich bei Stadtkämmerer Müller und seinem Team für die bei der Erstellung des Haushalts geleistete Arbeit. Wir bedanken uns auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Eberbach für die in 2015 geleistete Arbeit, die durch viele Beschlüsse des Gemeinderats, wie z.B. die Durchführung der Organisationsuntersuchung, nicht einfacher geworden ist.

AGL – Fraktion (Ch. Kaiser, L. Jost, K. Thomson, P. Stumpf und beratende Mitglieder)